Praxisnachfolge

Steckt im neuen Zulassungsverfahren eine Falle?

Einmal angestoßen, lässt sich das seit Anfang des Jahres geltende Nachbesetzungsverfahren nicht mehr aufhalten, kritisieren Zulassungsausschüsse. Doch haben sie damit wirklich Recht?

Innnerhalb der Ärzteschaft, aber auch bei einigen Zulassungsausschüssen herrscht Unsicherheit in Sachen Praxisnachfolge. Der Grund: In Gebieten mit Zulassungsbeschränkungen entscheiden seit Januar 2013 die Zulassungsausschüsse auf Antrag eines Vertragsarztes oder seiner Erben darüber, ob die Kassenärztliche Vereinigung (KV) den Sitz ausschreibt oder nicht. Es ist unklar, ob das Verfahren zur Ausschreibung eines Vertragsarztes zur Nachbesetzung durch den antragstellenden Arzt, den derzeitigen Praxisinhaber, noch beendet werden kann. Bislang war das möglich. Aufgrund des neu gestalteten Nachfolgezulassungsverfahrens erklären nun aber einige Zulassungsausschüsse, sobald eine Ausschreibung erfolgt sei, könne der Antrag nicht mehr zurückgenommen werden. Ist das richtig?

Es lohnt sich, auf die Details des neuen Verfahrensablaufes zu sehen. Wenn ein Arzt zugunsten eines Nachfolgers auf seine eigene Zulassung verzichten will, so entscheidet der Zulassungsausschuss zunächst auf Antrag des Arztes (bzw. Erben oder Praxispartner), ob ein Nachbesetzungsverfahren überhaupt durchgeführt wird. Lehnt der Zulassungsausschuss ein Verfahren ab, hat die KV dem Arzt eine Entschädigung zu zahlen. Hält der Zulassungsausschuss die Nachbesetzung aber für sinnvoll, beschließt er dies in Form eines Verwaltungsaktes, der dem Praxisinhaber zugestellt wird und einen Monat nach Zustellung bestandskräftig wird. Nach allgemeiner Meinung endet jedes verwaltungsrechtliche Verfahren mit Bestandskraft des beantragten Bescheides. Danach kann der verfahrenseinleitende Antrag nicht mehr zurückgenommen werden. Diese Konsequenz des neuen Verfahrens wurde bei der Formulierung des Paragraphen 103 Absatz 3a SGB V offensichtlich übersehen. Bisher war es ein

mehrstufiges Verfahren, jetzt sind es zwei unterschiedliche. Zuerst wird entschieden, ob eine Ausschreibung erfolgt, im zweiten Verfahren erfolgt die Bewerberauswahl. Das zweite Verfahren setzt aber nach dem Gesetzeswortlaut keinen erneuten Antrag des Arztes voraus, er kann also auch keinen zurücknehmen.

Daher äußern viele Zulassungsausschüsse, der „Antrag auf Nachbesetzung“ könne nach positiver Entscheidung des Ausschusses nicht zurückgenommen werden. Dies ist zwar vordergründig richtig, das suggerierte Ergebnis aber falsch: Man muss sich klar machen, dass das Nachfolgezulassungsverfahren nur existiert, um einem Arzt die Verwertung seiner Praxis durch Verkauf zu ermöglichen. Er ist also derjenige, dem das Verfahren dient. Die Nachfolgezulassung flankiert also den Praxisverkauf. Dies hat das Bundessozialgericht bereits 1999 (Az.: B 6 KA 1/99 R) festgestellt und betont, dass privatrechtlicher Verkauf einer Praxis und öffentlich-rechtliche Nachfolgezulassung ineinandergreifen. Wenn etwa bei der Ausschreibung zur Nachbesetzung in Gemeinschaftspraxis die übrigen Gemeinschaftspraxispartner keinen Gesellschaftsvertrag mit dem Bewerber abschließen wollen, kann eine Zulassung nicht erteilt werden. Laut SG Marburg (2011; S 12 KA 797/11 ER) setzt die Nachfolgezulassung voraus, dass der zuzulassende Arzt auch Käufer der Praxis ist. Wenn nun der Praxisinhaber ein Nachbesetzungsverfahren nicht mehr beenden könnte, so könnte sich eine Person bewerben, mit der er aber aus vielfältigen Gründen keinen Kaufvertrag abschließen möchte.

Die Lösung steht im Gesetz

Auch die Zulassungsausschüsse stehen dann vor Problemen: Wenn der Praxisinhaber erklärt, er habe mit dem Bewerber, den der Ausschuss für geeignet hält, kei-

nen Kaufvertrag geschlossen, dürfen sie ihn nicht zulassen, da er dann die Praxis mangels Erwerbs nicht weiterführen wird. Die Weiterführung ist aber Voraussetzung der Nachfolgezulassung. Auch dürfen die Ausschüsse den Zulassungsbeschluss nicht mit der aufschiebenden Bedingung des Abschlusses eines Kaufvertrags verbinden, da dies nach der vorgenannten Grundsatzentscheidung des BSG unzulässig ist. Der Zulassungsausschuss müsste so eigentlich feststellen, dass das Verfahren mangels Möglichkeit der Fortführung der Praxis beendet ist. Hiergegen könnte jedoch wiederum der Bewerber klagen, was zur Folge hätte, dass ggf. über Jahre der Praxisinhaber nicht erneut ein Nachfolgezulassungsverfahren einleiten könnte.

Auch das Gesetz bietet hier eine probate Möglichkeit: Nach Paragraph 48 SGB X ist ein Verwaltungsakt aufzuheben, wenn eine wesentliche Änderung der tatsächlichen Verhältnisse eintritt (z.B. der Wille des Praxisinhabers, auf seine Zulassung zu verzichten und die Praxis einem Nachfolger zu übergeben). Erklärt also der Praxisinhaber, die Praxis solle nicht von einem Nachfolger fortgeführt werden, so ist der erste Beschluss des Zulassungsausschusses, mit dem die Durchführung des Nachbesetzungsverfahrens genehmigt wurde, aufzuheben. Damit entfällt die Grundlage für das Verfahren der Bewerberauswahl. Dieses ist somit einzustellen. Der nun nicht zum Zuge kommende Bewerber kann hiergegen nicht klagen, da der ursprüngliche Bescheid über die Einleitung des Ausschreibungsverfahrens ihm gegenüber keine Drittwirkung besaß. Im Ergebnis bleibt somit der Praxisinhaber Herr des Verfahrens. Er entscheidet wie bisher, ob ein Nachfolger die Praxis übernehmen soll oder nicht.

Dr. Ingo Pflugmacher

*Fachanwalt für Medizin- und Verwaltungsrecht
Partner der Anwaltskanzlei Busse & Miessen, Bonn*